

Table with subscription rates for different regions and durations.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Arader Zeitung.

Redaction: Hauptplatz, im Winkel der Reugebaue 1. 6. Expeditionen- und Intentionen-Bureau...

Nro. 254.

Mittwoch den 7 November 1866.

XV. Jahrgang.

Zur Situation.

(Original-Ber. der Arader Zeitung.)

West, 4. November.

Der Landtag ist nun doch auf den 19. November einberufen worden; es liegt darin der sanitäts polizeiliche Nachweis, daß die Cholera im Erlöschen oder schon so gut wie erloschen ist.

Der Landtag wird nun also am 19. November zusammengetreten; das derselbe aber, so weit sich die Dinge bis heute übersehen lassen, nicht vom allergrößten Erfolg begleitet sein wird, leider auch wohl nicht begleitet sein kann, darüber ist man hier in allen Kreisen einig.

Was aber soll geschehen, wenn der Landtag wirklich resultatlos auseinander geht? Hieran zu denken dürfte wohl an der Zeit sein.

Sachsens Gegenwart und Zukunft.

(Original-Bericht der Arader Zeitung.)

Dresden, 3. November.

I.

Die durch die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit hervorgerufene Jungfristen-Literatur über die sogenannte sächsische Frage scheidet sich, ihrer Tendenz nach, in zwei von einander grundständig verschiedene Gruppen, deren eine mit mehr oder weniger Offenheit das Ziel verfolgt, die Einberaubung Sachsens in Preußen je eher je lieber herbeizuführen, während die andere, den neuen Verhältnissen die gebührende Rechnung tragend, Mittel und Wege aufzufinden bemüht ist, wie ohne Schädigung der autonomen Selbstständigkeit des Landes, welche mit der Blüthe seiner geistigen, sittlichen und materiellen Interessen eng verknüpft ist, eine Hinüberleitung in diese neuen Verhältnisse durchgeführt werden kann.

und Weise der Behandlung ihres Gegenstandes. Während die „Anneziions-Vorschläge“ selten das Wesen der Sache berühren und fast durchgehends mit großer, von völliger Unkenntnis der Eigenthümlichkeiten unseres Landes zeugender Oberflächlichkeit geschrieben sind, hält die andere Gruppe streng an die Thatsachen und construiert hieraus ohne großes Wortgepränge ihr Beweisthema.

Der soeben hervorgehobene Vorzug gründlicher Sachkenntnis und demzufolge vollständiger Beherrschung des Stoffes charakterisirt auch die wenige Tage vor dem Friedensschlusse in die Oeffentlichkeit gelangte Schrift: „Sachsens Gegenwart und Zukunft“ (Leipzig, Druck und Verlag der Kögberg'schen Buchhandlung, 1866).

Der Verfasser berührt hierbei zunächst die vielbesprochene Frage der Priorität der Rüstungen: „Schon im Monat Mai, als der Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen wegen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit auf den Punkt gebrach war, daß der Ausbruch des Krieges zu befürchten stand, wollte es Niemand recht glauben, daß Preußen nur zur Abwehr der dem preussischen Staat, speciell seiner Hauptstadt von Sachsen drohenden Gefahren seine Armeecorps an der sächsischen Grenze aufmarschiren lasse.“

Auch dem Verfasser erscheint es daher als der „blanke Unsinn“, der sächsischen Regierung, speciell dem Minister v. Beust vorzuwerfen, daß er den Krieg geführt und „an den Parteien herbeigezogen“ und dadurch das Land in das jetzige Elend gestürzt habe.

Zur Heeresreform.

Unter dieser Ueberschrift bringt die geistige „Wiener Abendpost“ den nachstehenden uns bereits telegraphisch avisirten Artikel:

„Seit den folgenschweren Unfällen, welche unsere Armee im letzten Sommer auf dem nördlichen Kriegsschauplatz betroffen haben, war die oberste Heeresleitung unablässig eifrigt bemüht, die wahren Ursachen so betragender Ereignisse zu ergründen. Die öffentliche Meinung wünscht mit Recht beruhigende Aufklärung über diese benennende Frage und sie möge vor allem feierlich versichert sein, daß man die Gründe des erlittenen Mißgeschicks nicht bloß in Aeußerlichkeiten und Zufälligkeiten sucht, sondern auch die tiefer liegenden Uebel erkannt hat und fest entschlossen ist, sie gründlich zu beseitigen.“

In erster Richtung bedarf die Wehrkraft der Monarchie einer raschen und ausgiebigen Entwicklung, um dann in einer zeitgemäßen Form stets sorgsamst bewahrt zu bleiben, denn nur ein wehrhaftes Volk, das die Früchte seiner geistigen und materiellen Arbeit zu schätzen vermag, kann sich derselben auch wirklich und dauernd erfreuen.

und vollständig erreichbar sei. Es lag wohl zum größten Theil an den politischen Verhältnissen und Ereignissen, wenn das Militärbudget bisher als das wesentlichste Hinderniß der unbedingt notwendigen Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates betrachtet werden mußte.

Maßregeln, welche das Bestehen und Gedeihen der Kriegsmacht verkümmern, ihre geistige und materielle Entwicklung lähmen würden, könnte keine Regierung auf sich nehmen, könnte auch kein Einsichtsvoller billigen, denn solche Sparsamkeit wäre eher Verschwendung zu nennen, weil sie immerhin noch bedeutende Staatsmittel erspart, welche Loos opfern würde.

Die Nothwendigkeit dessen ist von der öffentlichen Meinung bereits anerkannt, und nur wenn ihr volle Rechnung getragen wird durch thunlichste Einschränkung der Verschwendung, gänzliche Aufhebung der Stellvertretung, ausgedehnte Verurlaubungen im Frieden mit Bewahrung tüchtiger Stämme, so wie durch Herabsetzung der Einmündungszeit bei entsprechender Verklärung der allgemeinen Wehrpflicht und Organisation einer angemessenen Landesverteidigung: nur dann wird es möglich sein, im Falle der Unermeidlichkeit eines neuen Krieges mit Streikräften auf dem Kampfplatze zu erscheinen, die uns nach Zahl und Werth jedem anderen Großstaate gewachsen und zur hartnäckigsten Gegenwehr fähig machen.

Gleich der Organisation bietet auch die Verwaltung des Heeres ein weites Feld der nützlichsten Reformen. Die Beschaffung des zur Ausrüstung der Armee notwendigen Materiales, so wie der Verpflegung muß nach richtigen, die Nothwendigkeiten vollständig berücksichtigenden national-öconomischen Grundsätzen stattfinden.

In der Bewaffnung dürfen wir niemals mehr hinter anderen großen Ameen zurückbleiben, die traurigen Erfahrungen der Neuzeit müssen Jedermann überzeugt haben, daß die ansehnliche schleunigste Beschaffung allen Anforderungen entsprechender Hinterladungsgewehre für das k. k. Heer ein Gebot unabweislicher Nothwendigkeit ist.

Das Princip übermäßiger, sehr kostspieliger Controle wird in der Militärverwaltung einer auf Vereinfachung zu verwendenden, da um den Mißbrauch nachsichtlos strahenden Gebahrungsweise weichen müssen; die Vorbereitungen hierzu haben schon seit längerer Zeit stattgefunden, das neue Berechnungssystem ist bereits von Sr. Majestät dem Kaiser in seiner Grundrissen sanctionirt und wird bei seinen Inkrafttreten wesentliche Personalvermindrerungen mit sich bringen.

Die Gührs- und Verwaltungsvorschläge bedürfen einer Vereinfachung und Klärung, die ihre Kenntniß jedem möglich macht und so Uegebühren hintanhält, welche eben so oft die Interessen des Einzelnen empfindlich schädigen, als bei der häufig so kommenden Uneinbringlichkeit den Staatsschatz benachtheiligen.

Auch die Feststellung des administrativen Wirkungskreises der wieder eingeführten Divisionscommanden zielt auf eine durch Decentralisirung beschleunigte Richtigkeitspflege im Rechnungswesen.

Kommen die bisher als nöthig bezeichneten, zum Theile schon der Durchführung nahen Reformen vorwiegend der materiellen Schlagfertigkeit der Armee zugute, so muß in noch höherem Maße die Sorge der obersten Militärbehörden den geistigen Interessen der Armee zugewendet bleiben, denn der Geist ist die wirksamste Waffe des Menschen; im Heere, so wie allwärts gebührt dem Wissen als der unentbehrlichen Grundlage des Könnens die höchste Achtung und Pflege.

Die allgemeine Wehrpflicht wird gebildete oder mindestens bildungsfähige Elemente in höherem Maße als jetzt dem Waffendienste zuführen, eine entsprechende Verbesserung der Militärbildungsanstalten und Truppenschulen, namentlich die im Plane liegende Errichtung von Officierschulen bei

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.

Table with two columns: Weib and Mann, listing numbers for different categories.

Neugebäude

den Brigaden und Divisionen sollen das militärische Wissen im Heere allgemeiner verbreiten und zeitgemäß erweitern. Die überhaupt mit allen Mitteln anzustrebende Vermehrung der Intelligenz in der Armee wird selbst dann auch zur Förderung des Volkunterrichtes beitragen lassen, wie sie berufen erscheint, eine Schule zu sein der Ordnung und Genügsamkeit, des Gehorsams und der Achtung vor dem Geleite, der treuesten Abhängigkeit an den Monarchen, endlich des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Stämme unseres weiten Vaterlandes.

Durch strenge Prüfungen der Officiere- und Stabs-officiersaspiranten wird man sich künftig thunlichste Bürgerschaft für deren Befähigung zur angestrebten Stellung zu verschaffen suchen; ein neues Beförderungsgesetz muß bei billiger Berücksichtigung des Dienstalters dem Verdienste gerecht werden und, mit gleichem Maße für Alle, nur dem vollkommen Geeigneten den Weg zu höherem Wirkungskreise eröffnen; damit die Führung unserer tapferen Armee in tüchtigen, verlässlichen Händen liege, der Staatsschatz aber nur mit wohlverdienten Versorgungsgehältern in Anspruch genommen werde.

Für den Generalstab sind bereits Organisationsänderungen Allerhöchst genehmigt, welche die Förderung der praktischen Brauchbarkeit dieses Corps durch seine nähere Verbindung mit der Truppe bezwecken.

Endlich ist auch die Nothwendigkeit einer zeitgemäßen Reform der Militärstrafgesetze mit aller diesem hochwichtigen Gegenstande gebührenden Sorgfalt ins Auge gefaßt und als damit in Verbindung stehend die entsprechende Reorganisation der Disciplinärcompagnien beabsichtigt.

Jeder Vernünftige muß einsehen, daß die Durchführung so eingreifender Reformen Zeit, Geduld und festen Willen zur Besiegung aller Schwierigkeiten braucht; von Seite der obersten Militärbehörden wird es an letzterem nicht fehlen, doch entschäft man sich keineswegs der Ueberzeugung, daß nur durch eine kräftige Unterstützung von Seite aller dazu berufenen Organe und Behörden, nur durch die aufsichtige, einmüthige Mitwirkung der Bevölkerung und ihrer gesetzlichen Vertreter bald und sicher ein Ergebniß erreicht werden kann, welches der Lage und den Bedürfnissen des Vaterlandes, somit den Wünschen aller ehrlichen Patrioten entspricht. — Namentlich der Finanzverwaltung und den jetzt hart in Anspruch genommenen Steuerträgern können begreiflicher Weise nicht sofort alle Früchte von Reformen zu Theil werden, die ihrer Natur nach nur allmählig einführbar oder wirksam sind.

So wird beispielsweise durch organisatorische Aenderungen der Officiersstand der Armee sehr bedeutend vermindert; — aber ungefähr 4000 jetzt überzählige Officiere aller Grade können nur allmählig eingebracht, ihre Bezüge können nicht sofort erspart werden, obgleich man durch Einstellung des Avancement und durch besondere Bestimmungen über Beurteilung und Disponibilität dem Staatsschatze die thunlichste Entlastung zu gewähren strebt.

Vieles kann demnach jetzt nur mit redlichem Willen begonnen, angebahnt werden; um so vollständiger und nachhaltiger muß sich aber späterhin der wohlthätige Einfluß einer den Kräften und Verhältnissen der Monarchie genau angepaßten Wehrverfassung in allen Beziehungen des öffentlichen Lebens, namentlich in volkswirtschaftlicher Hinsicht geltend machen; — um so erfolgreicher werden wir dann jedem feindlichen Angriff mit verhältnißmäßig geringerer Gefährdung des Volkswohlstandes entgegenzutreten können."

Die Heeresorganisation mit Bezug auf Ungarn.

In einem längeren Artikel im „Pesti Napló“ wendet sich der gelehrte Schriftsteller Lóth Kálmán gegen eine Aeußerung der ungarischen Zeitung „Comerád“ in seinen Artikeln über die Heeresorganisation. Die Aeußerungen Lóth Kálmán's erscheinen uns so beachtenswert, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben; sie lauten:

„Eine der letzten Nummern des „Comerád“ enthält einen bemerkenswerten Artikel, welcher, wie es scheint, der Aufmerksamkeit der ungarischen Blätter entgangen ist oder von denselben zu wenig beachtet wurde.

Das ausschließlich militärische Blatt macht bemerkenswerthe Reflexionen, und während es einerseits den, von den ungarischen Blättern vergangener Sommer gemachten Folgerungen — ohne zu wollen — Gerechtigkeit widerfahren läßt, welche seiner Zeit von der deutschen Presse angeeignet wurden, reißt es andererseits solche Schreier von gewissem Dingen herab, welche wir mit unseren illoyalen Händen zu berühren nicht gewagt haben.

Der „Com.“ — von dem Unglück bei Königgrätz sprechend — schreibt dies nicht dem Mangel an rothen Spitzen und großen Jagdhirschen zu, ja — noch mehr — nicht einmal den Zünderadelgewehren, sondern dem Umstand, daß im diesjährigen Feldzuge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz einige früher bestimmte Truppenkörper sich vielleicht nicht ganz so heldenmüthig geschlagen haben, wie man dies erwarten konnte, während dagegen jene Regimenter der alten Erbländer — ohne Ausnahme — vollständig aufgerieben waren, bevor sie sich dem allgemeinen Rückzuge anschlossen. — Weiter sagt der „Com.“, daß in der Armee die Anzahl der Männer der alten politischen Schule fortwährend abnimmt, an Stelle derer jüngere Männer treten, die die Principien, welche im 18ten und 19ten Jahrhunderte in der Schule und durch Volkserziehung in ihnen ausgebildet wurden, auch in die Armee mitbringen werden.

In diesem Satze ist klar und deutlich ausgesprochen, daß ein großer Theil der Armee denkt und seines Theils während der jüngsten Vergangenheit in dem bestehenden Provisorium nicht genug Ermuthigendes finden konnte.

Wir danken dem „Com.“, daß er durch dies Bekenntniß dasjenige offen anerkennt, was die ungarische Presse vergangener Zeit nur verschleierte und mit der größten Vorsicht ansprechen durfte.

Nun aber die Militär-Zeitungen — wie sie sich ausdrückt — Krebschäden herausgefunden, ist es befremdend, daß sie die Heilung nicht vorzunehmen weiß, obwohl sie, wenn die Diagnose richtig ist, gewöhnlich der Krankheit Meister werden.

Sehen wir das Rezept des „C.“: „Die Armee muß auch politisch geschult sein“, u. zw. in dem einzigen Satze, daß jedes Glied des Heeres erst Oesterreicher, dann wieder Oesterreicher und nochmals Oesterreicher sein muß und erst dann erst er Pole, Ungar, Böhme oder Steiermärker sein. Es scheint, der „C.“ glaubt, daß das Denken und die Gesinnung ebenso anbefohlen werden kann, wie die freiwilligen Anträge.

Wie will der „C.“ diese Idee ausführen? . . . Sollten von nun an die Kinder der Mutterbrust entrippen und affentirt werden, daß sie zu „Oesterreichern“ herangebildet werden, oder werden vielleicht aus den Erwachsenen durch neu erfundene Maschinen alle die Principien mecha-

nisch herausgepumpt werden, welche diese in die Armee mit sich bringen?

Sogar das alte Soldaten-System hat die Nationalitäten respectirt und wenigstens durch Beibehaltung des nationalen Costums den nationalen Stolz zu nähren gesucht, wovon wir wissen, was dies vermag; der „C.“ dagegen mit ausschließlicher Oesterreichischer Militär.

„Comerád“ sagt in seinem Werke „die Grundrissen“, als der Höhe der Sansculotten zusammenfüßt: Verblendete Mit diesem wolleter Ihr Gott besiegen, Zum wäre ja nur noch besser, noch größerer Gott entgegenzutreten! — Die Principien und Gesinnungen können nur wieder durch Principien und Gesinnungen paralisirt werden.

Erheben Sie vorerst das baltige Princip der Landwehrvertheidigung auf die erforderliche Höhe, ermedien Sie den hohen Beruf des Militärs und durch die Erziehung, eintreibungen, wie schon Franz Desak in seiner Glei. Verfassung bemerkt; drohen Sie nicht dem, daß sich eines Vergehens schuldig gemacht hat, oder dem Abtrübseln mit der Affirmation, als einer Strafe; da diese im Gewerbe, eine bürgerliche Bloungung sein soll, indem es nicht eine höhere Auszeichnung gibt, als jene, dem Vaterlande unmittelbar zu dienen, wie dies in anderen Staaten der Fall, wo die Heeresorganisations-Gesetze mit dem Satze beginnen: In die Armee können nur Personen aufgenommen werden, deren Vorleben makellos ist etc.

Und daß diese Auffassung auch in der Praxis Bestand habe, ist in erster Reihe darauf zu dringen, daß die Volksrechte anerkannt und geachtet und die Gesetze befolgt werden sollen, welche nichts anderes sind, als der Ausdruck der moralischen und physischen Bedürfnisse der Völker.

Es sollte darauf hingearbeitet werden, daß solche Zustände eintreten, in welchen der vom häuslichen Herd wegzuführende Soldat nicht die Idee des Glanzes, der Würdlichkeit — des Mitfügengetretens — überhaupt die Idee von Noth und Unglück — sondern die des Wohlstandes, der Geizgierigkeit und der Zufriedenheit der Zurückgelassenen mit in das Lager bringe; von derartigen Ideen ist nichts zu fürchten, im Gegenheil: je mehr der Kämpfer dessen bewußt ist und weiß, was er zu verteidigen hat, wofür er sein Leben opfern muß, um so besser; denn mit dem Rufe: Es lebe das Provisorium, ist es wirklich nicht sehr ermutigend, mit Todesverachtung in die feindlichen Reihen zu stürzen.

Die bürgerlichen Zustände sind derart zu bilden, daß die Landesvertheidigung zur persönlichen Angelegenheit wird, und der Krieg ist für jeden einzelnen dann eine Lebensfrage, in welcher auch der letzte Gemeine etwas verlieren kann.

Wenn der „C.“ glaubt, daß der Krebschaden der Ideen auf andere Art zu heilen ist, so täuscht er sich gewaltig."

Politische Uebersicht.

Urad, 6. November.

Die officiösen Organe der preussischen Regierung sind durch die Ernennung des Frhrn. v. Brest aus Rand und Band gegangen und übertreffen an leidenschaftlicher Erregtheit alles bisher in diesem Genre Dagewesene. Als ein schwaches Beispiel mag die folgende Auslassung der „Kreuz-Zeitung“ dienen:

„Unzweifelhaft — so schreibt das reactionäre Junkerblatt — hätten wir nicht einer so prägnanten That bedurft, um zu wissen, daß die Gesinnungen des Wiener Cabinets gegen Preußen keineswegs die freundschaftlichen sind. Wir haben seit dem Frieden so viel unzweideutige Beweise des Ge-

Seniileton.

Criminal-Proceß gegen Risk-Allah,

Oberst a. D. der türkischen Armee, verhandelt vor den Assisen der Provinz Brabant in Brüssel.

Dieser Proceß, dessen Verhandlungen am 22. October begonnen, erregt großes Aufsehen, nicht nur wegen der sehr zweifelhaften Umstände, auf welchen die Anklage beruht, sondern fast mehr noch durch die fremdartige Persönlichkeit, gegen welche dieselbe gerichtet ist. Der Angeklagte, Georg Hubeck Risk-Allah, 42 Jahre alt und im Libanon geboren, war Arzt in dem Generalstabe der türkischen Armee mit dem Range eines Obersten und im Krieg auf der Rhein thätig. Er ist jetzt Rentier und wohnt in London, wo er sich in der besten Gesellschaft bewegt und selbst mit hochgestellten Personen verkehrt hat. Er führt die Titel Bey und Oberst, welche ihm jedoch bestritten werden, und trägt sechs Ordens-Decorationen, darunter den Medjidi des Sultans und den Nishan des Bey's von Tunis. Er ist ein stattlicher Mann, der aber mit grauwerdendem Barte und Haare und sehr gewachsenem Gesichte viel älter aussieht, wie er ist. Ein Wittangsklager, Josef Kucovich, auch Osman Zuffuf und Osman Essendi genannt, zu Constantinopel geboren und 40 Jahre alt, ist flüchtig oder hält sich verborgen. Die Thatfachen, welche zu der Anklage Ursache gaben, sind folgende:

Am 30. März 1865, zwischen 7 und 9 Uhr Morgens, wurde im Hotel du Rhin zu Antwerpen ein in dem Zimmer Nr. 7 des zweiten Stock's wohnender junger Engländer, Charles Readdy genannt, in seinem Bette mit einer Jagdflinte erschossen. Der Reisegefährte dieses Mannes war Risk Allah, welcher zu demselben in dem Verhältnisse eines Stiefvaters stand, sein Vormund war und von ihm als Onkel bezeichnet wurde; er wohnte in demselben Hotel in dem Zimmer Nr. 14. Da zur Zeit keine anderen Personen in den oberen Räumen des Hotels waren, als die beiden Genannten, so fiel sofort Verdacht auf Risk Allah, und er wurde gefangen genommen. Der Untersuchungsrichter fand jedoch Gründe, welche ihn überzeugten, daß ein Selbstmord vorliege; der Gefangene wurde am 30. April in Freiheit und am 5. Mai außer Anklage gesetzt. Man wußte damals nicht, daß der Tod des jungen Readdy für Risk Allah irgend ein persönliches Interesse haben könnte; man erfuhr erst später, daß dieser Todesfall demselben einen bedeutenden pecuniären Vortheil brachte, indem ein Fideicommiss von 5000 £, welches Readdy bei seiner Majorität angeerbt haben würde, dadurch zu Gunsten von Risk Allah

erledigt wurde und dieser außerdem Readdy's Leben zu seinen Gunsten für 4000 £. versichert hatte. Risk Allah hatte indessen Belgien verlassen; man wußte nicht, wo er seinen Aufenthalt genommen hatte, und die Sache schien erledigt oder doch nicht weiter zu verfolgen. Ein derselben ganz fern liegendes Verbrechen einer anderen Person ist die Veranlassung gewesen, die Anklage gegen Risk Allah aufs Neue zu erheben und denselben vor Gericht zu stellen.

Am 1. Febr. d. J. nämlich präenterte ein Fremder bei den Banquiers Brugmann Söhne in Brüssel zwei Checks auf die englische Nationalbank zum Disconto. Diese Checks waren in Form von Wechseln mehrfach indossirt, tugen zwei 3-dosamentstempel und lauterer auf 200 und 150 £. Sämmtliche Ueberschriften und Stempel waren wie es sich später ergab, gefälscht; indessen hielt der Banquier die ihm bekannte Unterschrift des Banthausbes Savauge Bercoirs in Külich, welche sich unter anderen darauf befand, für richtig und zahlte die Beträge aus. Der Vorzeiger der Checks zeigte überdies einen Paß auf den Namen Charles Readdy und indossierte die Checks mit diesem Namen. Als die Banquier Brugmann jedoch den Betrag bei der englischen Bank einforderten, erhielten sie zur Antwort, daß diese Checks gefälscht seien; sie wären aus einem Checkbuche ausgeschritten, welches die Bank in blanco an Risk Allah gegeben habe. Dieser, zur Zeit in Paris im Grand-Hotel wohnhaft, habe sie mit seinem Portemonnaie am 30. Januar verloren und den Verlust bei der Bank gemeldet. Nun war es jedenfalls sehr auffallend, daß zwei Blanco-Checks, am 30. Januar in Paris verloren, bereits am 1. Febr. in Brüssel, mit einer ganzen Reihe von Indossamenten und mit Stempeln versehen, präsentirt werden konnten. Auffallend auch war es, daß der Fremde, der diese, dem Risk Allah gehörenden Papiere präsentirte, einen Paß auf den Namen Charles Readdy führte, — einen Namen, der bis auf die zwei letzten Buchstaben mit dem des in Antwerpen getödeten Charles Readdy übereinstimmte; das Signalment des Passes hatte man freilich nicht nach sehen. Das Gericht zu Brüssel trug nunmehr der Polizei Behörde auf, sich nach Risk Allah zu erkundigen, und diese ersuchte bald, daß Risk Allah zu Paris in vertrautem Umgange mit Kucovich oder Osman stand, welcher bereits in London wegen Fälschung zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurtheilt war, in London und in Paris wegen zwei anderer Fälschungen verurteilt wurde und im Jahre 1845 in Triest zu 15 Jahren schwerer Kerkerstrafe verurtheilt worden war wegen Diebstahls, versuchte Brantstiftung und versuchten Mordes. Risk Allah besuchte Osman fast täglich in seiner Wohnung und Osman hatte auch im Namen Risk Allah's nach Erledigung der Untersuchung in Antwerpen die bezüglichen Actenstücke vom Gerichte zurückgefordert und erhalten. Es wurde ferner fest-

gestellt, daß Osman am 1. Februar in Brüssel gewesen und um halb 4 Uhr Nachmittags von dort ein Telegramm an Risk Allah Bey abgefaßt hatte mit den Worten: „Ich komme eben an und werde nach 4 Uhr Morgens in Paris sein. Essendi.“ In der That war Osman am nächsten Morgen wieder in seiner Wohnung zu Paris, wo Risk Allah mit ihm frühstückte. Unter den Actenstücken, welche Osman vom Gerichte in Antwerpen für Risk Allah zurückgenommen hatte, befand sich auch der Paß des verstorbenen Charles Readdy. Die Banquiers Brugmann aber haben in einem photographischen Porträt des Osman, den Vorzeiger der Checks wieder erkannt. Hätte nun Osman, wenn die Checks auf weichtmässige Weise in seine Hände gerathen wären, seine Unwissenheit in Brüssel sofort an Risk Allah gemeldet, da er wissen mußte, daß die Bank die Checks sofort an ihre Kammer constatiren und Risk Allah davon benachrichtigen würde? Die Anklage nimmt deshalb an, daß dieser mit Osman's Vorhaben einverstanden war. Es hat sich aber noch ein zweites Beispiel eines verdächtigen Conversations zwischen beiden gefunden. Osman war 1858 in London zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurtheilt, aber für die zwei letzten Jahre dieser Strafezeit begnadigt und 1862 entlassen worden. Er war dann als Commis bei den Banquiers Bilton Williams u. Comp. in Newcastle in Dienst getreten, von denen aber wegen schlechten Betragens 1864 verabschiedet worden. Er lebte seitdem in Louvain von Uebersetzungen und in sehr ärmlichen Verhältnissen, bis er am 26. März 1865 vier Tage vor dem Tode des Readdy, in Antwerpen ankam, wo er in einem Gasthause abtra, in welchem ihm ein gewisser Friedrich Hermann ein Quartier oststellte. Dieser Hermann ist ein schon mehrfach bestrafter Dieb, welcher jetzt in England wegen Diebstahls im Gefängnisse sitzt. Im Juni reiste Osman nach Louvain zurück, ohne von Witz zu befragen, wohnte in demselben Hause mit Risk Allah und auf dessen Kosten. Am 26. Juli kam er wieder in Antwerpen an, was am 27. Juli in Paris und präsentirte bei Blacque & Co. einen gefälschten Creditbrief von 800 £., durch Bilton Williams u. Comp. in Newcastle für einen Paß gegen ausgetrigert, wo auf er 400 £. erhob. Diese Fälschung kam erst später an den Tag, als Blacque & Co. ihre Rechnung mit Bilton Williams u. Comp. ordneten. Osman verließ Paris und landete am nächsten Tage von Brüssel aus an die Adresse von Risk Allah in London 5000 Fr. und einen Brief mit den Worten: „Nehmen Sie gefälligst die 5000 Fr. in Empfang; setzen Sie dieselben sofort in englisch Geld um und bewahren Sie sie mir. Ich werde Montag bei Ihnen sein. Verbrennen Sie dies.“

(Fortsetzung folgt.)

Die in die Arme...
hat die National...
Bibehaltung des...
zu nähren gesuch...
„C.“ dagegen will...
„die Grundst...“
entführt: Beib...
Som wä e ja nur...
entgegenzugen! —
gen können nur w...
rallstirt werden.
Princip der Land...
ob, erniedrigen S...
duch die Executio...
in seiner G...
sch...
Gegenheil, eine...
m...
Staaten der Fall...
dem Sage beginn...
aufgenommen we...
der Provis Best...
ingen, daß die Volk...
e Gelege ve föv...
sind, als der Aus...
nisse der Völk...
den, daß solche Z...
häuslichen Herd...
des Elend, de...
is — überhaupt...
dem die des Wohl...
Sufriedenheit der...
von derartigen I...
je mehr der Kämp...
zu verteidigen...
zu besser; denn...
ist es wirklich...
g in die feindlich...
rart zu bilden, daß...
Angelegenheit...
am eine Lebens...
ad verlieren kann.
n Reichthum der...
täuscht er sich...
Ticht.
ad, 6. November.
sichen Regierung...
e ist aus Rand...
entschaulicher...
agewesene. Als...
ad...
reactionäre Jun...
nanten Th...
Wiener Cabinet...
ten sind. Wir...
Venedig des Ge...
in Brüssel gew...
ort ein Telegra...
den Worten: „Ich...
Morgens in Pa...
an am nächsten...
ken, wo N...
ken, welche Os...
Mah un...
Charl...
er haben in...
Vorsitzer der...
u die Ch...
en wären, seine...
ah gem...
da er...
s sofort an...
von demach...
Es hat sich...
gen...
1858 in...
halten, aber...
1862 ent...
nis bei den...
Revolu...
Vertrags 186...
n von on von...
h...
Tode des...
h...
an...
England we...
reife Os...
be...
auf...
an...
Bl...
duch...
en...
die...
Don...
5000...
Sie...
dies...
Sie...
ennen Sie dies.“

gentheils erhalten, daß Herr v. Beust in dieser Beziehung fast als montarde après diner erscheint. Für uns hat deshalb auch nur die materielle Seite der Sache Bedeutung. Materiell aber ist es nicht ohne Werth, genau zu wissen, woran man ist, und gewisser diplomatischer Fühlungen und Rücksichten im Voraus überhoben zu sein. . . . Daß Sachsen, welches eine solche Maßregel um jeden Preis hätte verhindern müssen, am härtesten davon betroffen wird, versteht sich von selbst. Herr v. Beust als auswärtiger Minister in Wien kann in Sachsen kaum etwas Anderes bedeuten, als die nicht mißzuverstehende Aufforderung an Preußen, überall auf seiner Hut zu sein und ohne Rücksichten dafür zu sorgen, daß die intrigante Hand aus Wien überall nur preussischen Vojonnetippen begegne. Auf die officiösen Versicherungen des neuen österreichischen Ministers, nicht mehr ein so arger Preußenfeind sein zu wollen als früher, legen wir weder Werth noch Gewicht. Wir stehen zum Glück auf unseren eigenen Füßen ziemlich fest und selbst Herr v. Beust wird sich der Erkenntniß nicht verschlossen haben, daß sich das preussische Kurwab als ein „Deutsches Lied“ von ganz besonderer Macht erweisen hat.“

Die „France“ läßt sich über die Ernennung des Freiherrn v. Beust zum Minister des Aeußeren wie folgt vernehmen: Es ist ein Ereigniß von hoher politischer Bedeutung, daß Kaiser Franz Josef den Entschluß gefaßt hat, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einem fremden Staatsmann zu übertragen, überdies einem Protestanten, dessen liberale Gesinnung und unabhängigen Character die Welt kennt. Man weiß, daß Preußen die Wahl des Herrn v. Beust Anfangs als einen Schritt der österreichischen Regierung betrachtete, der wohl geeignet wäre, ernste Schwierigkeiten zwischen den Höfen von Wien und Berlin hervorzurufen. Diese Ansicht scheint sich jedoch in Folge eben so lothaler als befriedigender Mittheilungen, die dem Cabinet von Berlin zugekommen, modificirt zu haben. Was Frankreich betrifft, so kann es für den Nachfolger des Grafen Mensdorff nur Sympathien haben. Während seiner fünfjährigen Thätigkeit als sächsischer Minister hat Herr v. Beust nie aufgehört, die Politik Sachsens im Sinne einer dauernden Freundschaft mit unserem Lande zu lenken — und nichts läßt uns voraussetzen, daß diese Politik in seiner neuen Stellung eine Aenderung erleiden würde.

Bei den Feierlichkeiten, welche gelegentlich des Einzuges von Victor Emanuel in Venedig stattfinden, wird Kaiser Napoleon sich durch General Fleury vertreten lassen. In officiellen Kreisen gilt diese Artigkeit für ein gutes Zeichen; das italienische Volk dagegen meint, daß Beneficien, der Kaiser wolle nur daran erinnern, „ein Geschenk Frankreichs“ sei. Von Venedig soll General Fleury sich, wie es heißt, in einer außerordentlichen Mission nach Rom begeben. Pariser Correspondenten weisen übrigens darauf hin, daß ihn sein Weg über Venedig und seine ganze Persönlichkeit als außerordentlichen Gesandten im Vatican kaum empfehlen würden. Das Gerücht von der Aufhebung neuer Unterhandlungen zwischen Rom und Florenz ist erfunden; der Papst soll „im Vertrauen auf sein Heer und den gesunden Sinn der Römer“ getroßt der Zukunft entgegensehen, und ist übrigens, wie er in seiner Ansprache im letzten Consistorium erklärte, eher zur Annäherung als zu Zugeständnissen an Italien bereit. Daß das Cabinet Narvaez ihm gerne ein Asyl in Spanien bieten würde, daran ist selbstverständlich nicht zu zweifeln.

Der „Wanderer“ ist in der Lage folgendes Project der italienischen Regierung mitzutheilen, wonach die römische Frage in Uebereinstimmung mit dem Papste zu lösen wäre:

Die italienische Regierung verzichtet gänzlich auf eine Ueberfischung nach Rom; sie will die ewige Stadt als den ausschließlichen Sitz der geistlichen Herrschaft des Papstes belassen, und keineswegs nach Rom die bereits bestehenden Gesetze zur Beichlagnahme des Kirchenvermögens, sowie Auflösung der geistlichen Genossenschaften überpflanzen, überhaupt der Curie nicht all' den legislativischen Zwang aufbürden, der von rechtem Wege in Italien schon besteht. Rom würde zwar als die nominelle Hauptstadt des Königreiches proclamirt und der König am Capitol gesaßt werden, dagegen verpflichtet sich die italienische Regierung, eine neue Hauptstadt in der Nähe von Rom zu gründen, und es soll hierzu Terni, als der centralste Punkt des Landes, ausersuchen worden sein. Sämmtliches päpstliche Gebiet würde als bei jeder Papstwahl neu zu bezeichnendes Lehen dem Königreiche zugeschlagen, Rom selbst würde eine Art Autonomie, ledig von jeder Beeinflussung des Vatican oder der italienischen Regierung erhalten, die päpstliche Miliz ginge in den Bestand der italienischen Arme über, wogegen Trappnagelle dieser Letzteren als Grenzwache des Papstes nach Rom verlegt würden. Selbstvergnüßlich erlangt die Römer hiemit das italienische Bürgerrecht und die Schutzlosigkeit in Italien. Jede Zollbarriere würde fallen, nur die Post würde in die Administration Italiens übergehen. Die ganze actuelle römische Schuld, sowie den bestehenden Haushalt der geistlichen Herrschaft des Papstes würde der italienische Staatsschatz übernehmen. Mehrere einzelne Bestimmungen, die erst im Laufe der Verhandlungen definit werden, sind von minderem Belange, da man sich über dieselben bei Annahme der Hauptpunkte leicht verständigen könnte. Die Reorganisation der französischen Armee wird angeblich mit großer Energie betrieben wer-

den; Napoleon III. hat in dieser Beziehung die „gemeinsten Befehle“ ertheilt. Was die Neubewaffnung der Arme betrifft, so stößt dieselbe auf größere Schwierigkeiten, als man Anfangs geglaubt, jedenfalls wird die Anfertigung der neuen Gewehre eine ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen und man macht deshalb gegenwärtig Versuche, um die alten Gewehre in Hinterladungsgewehre umzugestalten. Man beabsichtigt hiermit nicht so wohl eine Geld- als eine Zeitersparniß, und hofft, wenn es gelingt, die alten Gewehre zu reformiren, die ganze Arme bis zum nächsten Frühjahr neu bewaffnet zu haben.

Der Londoner „Advertiser“ glaubt seinen Lesern bald sehr sensationreiche Nachrichten aus Frankreich aufreichen zu können. Die Noth der Seidenarbeiter in Lyon und die Arbeitseinstellungen der Kohlenarbeiter im Norden seien im Steigen, und solche Erscheinungen hätten im Kaiserreich, wo die Regierung zu ihrem Unalück sich für eine zweite Vorsehung ausgiebt und von dem Volke beim Wort genommen wird, eine ganz andere Bedeutung als in England. Dazu komme, daß Louis Napoleon zwar leiblich sich etwas besser befinden solle, dafür aber geistig sehr erschöpft und angegriffen sei. Der „Advertiser“ schließt dies aus dem Umstande, daß der Kaiser, wie man melde, oft im Theater oder inmitten eines Gesprächs an Zitterkrämpfe leide.

Der Fürst Czartorski hat sich, wie man aus Paris sehr ibt, viel Mühe gegeben, vor seiner Reise nach Wien, wie vom Fürsten Metternich, auch vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen zu werden. Der Fürst hatte sich bei dieser Gelegenheit der besonderen Verwendung des Generals Fleury zu erfreuen. Letzterer indeß erhielt vom Kaiser die Auskunft, daß er durch einen solchen Empfang des Fürsten „weder zu Illusionen auf der einen, noch zu Mißdeutungen auf der anderen Seite Gelegenheit geben wolle.“ Die Ausöhnung des Hauses Czartorski jedoch mit den verschiedenen Fractionen der polnischen Emigration, die ihm bekanntlich nicht alle gleich günstig gesinnt waren, schint eine vollendete Thatsache zu sein.

Telegramm der „Arader Zeitung“.

Wien, 6. November. Ein Artikel der heutigen „Wiener Abendpost“ über die Finanzlage setzt die Nothwendigkeit der Emission von Staatsnoten auseinander und sagt: Die Einhaltung der durch das kais. Patent vom 20. September bestimmten Maximalhöhe ist Pflicht der Finanzverwaltung. Der Entwurf der Valuta wird ein Damm gesetzt, sobald die Ueberzeugung festgewurzelt, daß eine Ueberwucherung maßloser Zettelwirtschaft nicht zu besorgen. Umfassende Arbeiten bezüglich der Ermittlung der Staatserfordernisse, der Vermehrung der Staatseinnahmen und der Herabminderung der Staatsausgaben sind im Zuge.

Wrag, 5. November. Die „Numburger Zeitung“ empfiehlt die Wahl des Freiherrn v. Beust zum Abgeordneten für den Wahlkreis Numburg-Warnsdorf. Reichsberger Wähler haben bei Professor Hasner angefragt, ob er eine Neuwahl in den Landtag annehmen wolle.

Pardubitz, 5. November. In Chrudim freudigster und feierlicher Empfang. Der Kaiser war im Kreisamte abgestiegen und beachtete nach dem Diner die Festvorstellung im böhmischen Dilettanten-Theater; die Volkshymne wurde vom ganzen Publicum stehend mitgesungen. Heute wird der Kaiser die Schulen, Kirche und das Gemeindehaus besuchen und die Weiterreise nach Tglau fortsetzen.

Paris, 5. November. Der Kaiser wird heute bei der Commission für die Reorganisation der Arme, welche bereits mehrere vorbereitende Sitzungen gehalten hat, den Vorstoß führen.

Der Kaiser wird auch heute im Bois de Boulogne über die kaiserliche Garde und die Pariser Garnison eine Revue abthalen.

B. Br. Von der Grenze des südlichen Banats.

(Original-Correspondenz.)
Unsere Verbindungsstraße mit dem Banat entspricht den gerechten Anforderungen des Handels und der Industrie der Neuzeit nicht mehr. — Vor wenigen Jahren wurde auf Veranlassung einiger k. l. Finanzbeamten ein Special-Tarif für die Ueberfahrt auf der Maros aufgestellt, wie sein zweiter mehr in der ganzen Monarchie bestehen dürfte. Meuch und Vieh muß mit sonderbarer Gleichberechtigung 5/2 kr. bei der Hin- und 5/2 kr. bei der Rückfahrt entrichten, hingegen ist die Zufuhr für diesen hohen Betrag bei schlechtem Winter halbreichlich, was wohl einigermaßen durch die Schwierigkeiten des Terrains zu entschuldigen wäre; was aber nicht zu entschuldigen ist, sind die halbverfallenen Brücken, welche jenseits der Maros auf dem Wege von Pécska nach D. Szt. Peter stehen. Nicht nur das Gelande, sondern ganze Balken und Pfosten fehlen bei den, wenn wir nicht irren, 8 W ücken, und nicht nur Eigenthum, sondern auch Leben setzt man bei jeder Fahrt aufs Spiel, indem nichts leichter ist, als von einer dieser Brücken in einen 2 Klafter tiefen Abgrund zu stürzen, und doch ist dies nicht allein unsere Handels-, sondern auch die Post-Strasse. Bezüglich des hohen Tariffes bei der Ueberfuhr wird

auf unseren Vorschlag und auf Vermittlung mehrerer Insassen von M. Pécska durch den Gemeinde-Vorstand und dem umsichtigen Oerndor Herrn Michael v. Hefuß von M. Pécska aus nächstens ein Besuch hohen Orts unterbreitet werden, wovon wir den besten Erfolg hoffen. Bezüglich der halbverfallenen Brücken jenseits der Maros sind, wie wir vernehmen, bereits seit 4 Monaten die amtlichen Verhandlungen im Zuge, höchst wahrscheinlich werden aber früher die Brücken als die amtlichen Verhandlungen ihr Ende erreichen. —

Die öffentliche Sicherheit diesseits der Maros in O. und M. Pécska ist noch immer gefährdet, Diebstähle und nächtliche Einbrüche wechseln mit einander ab und unsere Sicherheitsorgane, Gendarmen und Panduren, wetteifern, wie es den Anschein hat, miteinander im Nichtsthun. Durch den Erfolg im Orte aufgemuntert, unternahm eine Räuberbande am 3. d. M. einen Raubversuch mit bewaffneter Hand auf der Puszta Szionda und Bassaraga, der jedoch glücklich vereitelt wurde. Schüsse wurden aber beiderseits gewechselt; wie soll das enden?! Gestern wieder wurde ein nächtlicher gewalthätiger Einbruch mit außerordentlicher Kühnheit in O. Pécska vollbracht; die Räuber machten von der Gasse aus einen Einbruch in die Vorrathskammer des Kürschnermeisters M. B... und raubten den Speck, Felle, Fett, Seife und Kleidungsstücke. Die Hausleute, die sich auf die Fahrt nach Urad auf den Markt vorbereiteten, hatten eben nur so viel Zeit, um den Räubern, die mit dem in Bereitschaft gehaltenen beladenen Wagen davonjahren, nachzusehen zu können. —

Diesem wäre aber gewissemaßen vorzubeugen, wenn die Verdächtigen, wie dies in Jahre 1863 geschah, allmächtig im Gemeinde-Hause unter Schloß und Riegel von den Gendarmen bewacht würden.

Unser jüngst bezüglich der Mäßigkeitbestrebungen des Regalienpächters ausgesprochener Wunsch hat sich verwirklicht, denn es wurden den Uebergriffen die sich der Wächter mit seinen uniformirten Wächtern bei Einführung der Branntweines zum persönlichen Gebrauch auf eigene Faust erlaubte, durch unseren gerechtigkeitsliebenden und umsichtigen Stuhlrichter, Herrn Stefan v. Hefuß, Schranken gesetzt, wofür wir uns verpflichtet fühlen im Interesse des Volkes dem genannten Herrn unseren Dank hiemit abzusatten.

Tagesneuigkeiten

*(Eine Episode von der Kaiserreise.)
In einem an der Straße zwischen Troppan und Hof gelegenen Dorfe hatten sich zum Empfange des Kaisers am 22. v. M. der Ortsseelsorger mit dem Gemeinde-Vorsteher und sämtliche Bauern angestellt und empfingen den Monarchen mit Hochrufen und Ansprachen. Se. Majestät sprach mit den Leuten, erkundigte sich nach dem der Gemeinde durch die preussische Invasion zugefügten Schaden und fragte schließlich, ob denn auch die ermittelte Schadenssumme der Gemeinde schon zuückerstattet worden sei? Der Ortsvorsteher bejahte diese Frage, aber ein nebenstehender Bauer fiel ihm ins Wort und sagte, sich hinter den Ohren kratzend: „Das wird wohl nicht treffen; wir haben 1100 Gulden Schaden angemeldet und die Herren haben uns mit 300 Gulden abgefertigt; die Wahrheit muß man sagen!“ Se. Majestät lächelte und ließ der Gemeinde eine namhafte Summe als Geschenk zurück.

* Ueber das Befinden der Kaiserin Charlotte von Mexico erhält eine Wiener Local-Correspondenz aus Miramar, wie sie sagt, „von competenten Seite“ folgenden Bericht: „Es ist vollkommen richtig, daß das Befinden der Kaiserin in den letzten Tagen plötzlich eine unerwartete Verschlimmerung erlitten hat. Die fixe Idee, daß man sie vergiften wolle, hat zwar nachgelassen, dagegen beherrichen neue Wahngelüste die Phantasie der hohen Kranken. Die Kaiserin macht sich in stundenlangen Selbstgesprächen die bittersten Vorwürfe darüber, daß sie Mexico und ihren Gemal verlassen habe; ferner hat sich der hohen Frau eine neue eigentümliche Manie bemächtigt, sie nagt mit ihren Zähnen mit unerklärlicher Eier aus ihrer Lübbüchse, aus den Sackbüchern u. s. w. die in den Ecken eingestrickten Kaiserkrone heraus.“

* (Demonstrationen in Rom.) Der „Pungolo“ von Neapel vom 27. v. M. meldet, daß im Theater Argentina in Rom eine Demonstration zu Gunsten Venedigs stattgefunden hat. Dem Aufsehen des Vorhanges entzündete der Anblick der Lagunenstadt eine solche Begeisterung, daß, ungeachtet der Gegenwart von Sbirren, Gendarmen und Polizisten der Monsignori, alle Zuschauer aufstanden und riefen: „Es lebe Venedig!“ — Wie man erwarten konnte, ließ es die Polizei nicht an mehreren Verhaftungen fehlen.

Telegraphischer Cours der Staatspapiere in Wien vom 6. November 1866

5% Metalliques	59 35
5% National-Anlehen	66 35
1860. Staatsanleihe	79 80
Bankactien	714 —
Creditactien	150 60
Wechsel-Cours.	
London	128 40
Silber	127 50
Dukaten	6.114

Rundmachung.
Es wird zu Kenntnis gebracht, daß am 10. November 1866 in der hiesigen Rentamts-Kanzlei, Vormittag 10 Uhr die Verpachtung des Kaffeebrunnens, Schankrecht und der Beamtenwohnung zu Mieß Doros vom 1. November 1866 an im öffentlichen Licitationswege, wobei auch schriftliche Offerte angenommen werden, stattfinden wird. Pachtlustige werden mit dem 10% Reugelde versehen, hiezu eingeladen.
Uppa, am 30. October 1866
Staats-Domänen-Verwalteramt.

(762—3.3)

Erddäpfel

besten Qualität

finden gross und en detail billigt zu haben bei

Schulhof & Heimbach.

